

## Die Wahlerfolge der AfD – Ursache und Hintergründe

Am 8. Oktober ist die AfD mit 18,4% der abgegebenen gültigen Zweitstimmen zweitstärkste Partei in Hessen geworden. Mit einem Zugewinn von 5,3% wird sie künftig mit 28 Abgeordneten im Hessischen Landtag vertreten sein. Das ist auch insofern ein einschneidender Vorgang, als die Grünen bei dieser Wahl 5% verloren haben und sich künftig in der Rolle der zweitstärksten Oppositionspartei wiederfinden werden. Dazu kommt, dass das für die Wählerschaft der AfD bei weitem wichtigste Thema, die Migrationsfrage, auch die Koalitionsentscheidung der CDU für die SPD ganz entscheidend beeinflusst hat.

Wer hat die AfD gewählt? Wenn man sich ihre Wählerschaft genauer anschaut, zeigen sich einige interessante Besonderheiten. Die AfD ist zunächst einmal eine Partei der Männer. 22% der Männer, aber nur 14% der Frauen haben AfD gewählt. Zweitens ist die AfD eine Partei der ländlichen Regionen. In den kleinen Gemeinden unter 5.000 Einwohnern liegt der Wähleranteil der AfD bei 22%, in den Kleinstädten zwischen 5.000 und 20.000 Einwohnern sogar bei 23%. Je größer die Städte werden, desto kleiner wird dann die AfD-Wählerschaft. In den mittelgroßen Städten bis 100.000 Einwohnern liegt dieser Anteil mit 16% unter dem Landesergebnis, in den Großstädten sinkt er sogar auf insgesamt 9%. Genau umgekehrt verhält es sich übrigens mit den Wählern der Grünen. Die Grünen sind in den kleinen Gemeinden durchschnittlich von 10% gewählt worden, in den Kleinstädten von 12%. In den mittelgroßen Städten steigt ihr Anteil auf 16%. Hier liegen sie gleichauf mit der AfD bei 16%. In den Großstädten erreichen die Grünen dagegen mit 25% fast dreimal so viele Wähler wie die AfD. Hier liegen die Grünen auch nur relativ knapp hinter der CDU, die in allen Größenkategorien stärkste Partei geworden ist.

Die stärkste Alterskohorte unter den AfD-Wählern stellen die mittleren Altersjahrgänge zwischen 35 und 59. Hier kommt die AfD auf 22%. Aber auch bei den Jungwählern hat die Partei mit 20% gut abgeschnitten. Dass sie nicht noch stärker geworden ist, liegt allein bei den über 70jährigen. Hier hat die AfD nur 9% der Stimmen bekommen.

Ihren höchsten Stimmenanteil erzielte die AfD im WK Wetterau II mit 27,2%. Dahinter folgt euer Nachbarkreis Lahn-Dill mit 26,9% sowie Schwalm-Eder II mit 26,2%. Auf der Gemeindeebene hat die AfD in Sinntal im Main-Kinzig-Kreis ihr Spitzenergebnis erreicht, 32,7%. Es folgt Steinau an der Straße mit 32,3 und Neustadt im LK Marburg-Biedenkopf mit 31,4%.

Woher kommen die AfD-Stimmen? Die stärkste Gruppe dabei stellen frühere Nichtwähler, die die AfD für sich gewinnen konnte. Aber auch die eindeutig demokratischen Parteien haben Federn lassen müssen. Interessanterweise hat die SPD nach Infratest Dimap mit 30.000 Stimmen mehr an die AfD abgegeben als die CDU mit 20.000. 24.000 Wähler sind von der FDP zur AfD gewandert. Sogar 9.000 frühere Grünen-Wähler sollen ihr Kreuz diesmal bei der AfD gemacht haben.

Fragt man nach den Motiven der Wahlentscheidung, so ist die Antwort nicht schwer. Mehr als die Hälfte der AfD-Wähler nennen die Zuwanderung als entscheidendes Motiv für ihre Wahlentscheidung. Erst mit weitem Abstand folgt mit 18% die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft. 93% der AfD-Wähler geben an, sie hätten die Sorge, dass zu viele Fremde kämen. Aufschlussreich ist ferner, dass 39% der AfD-Wähler angeben, die Partei aus Überzeugung gewählt zu haben. 54% nennen den Protest gegen die anderen als wichtigsten Grund. Damit ist die Gruppe der Überzeugten gegenüber 2018 deutlich gewachsen. Damals gaben 29% Überzeugung und 62% Protest an.

Noch eine letzte Zahl, die aufschlussreich ist: 85% der befragten AfD-Wähler gaben an, dass es ihnen egal sein, wenn die AfD in der Öffentlichkeit manchmal als „rechtsradikal“ dargestellt werde –

solange sie nur das richtige Programm vertrete. Interessant scheint mir ferner, dass 42% aller Hessen angeben, die AfD vertrete in der Flüchtlingsfrage die richtige Position. Und immerhin 36% aller Hessen hielten am Wahltag dieses Thema für die wichtigste Frage überhaupt. Aber was ist das nun eigentlich für eine Partei, die da von so vielen gewählt worden ist?

#### 1. Zur Geschichte der AfD

Ich bin in einem Interview zur Entwicklung des deutschen Parteiensystems nach dem erstmaligen Einzug der Linkspartei in den Hessischen Landtag 2008 gefragt worden, ob ich mir eine solche Ausfransung des Parteiensystems auch von rechts vorstellen könnte. Ich habe geantwortet, ja, das könne passieren, allerdings sähe ich im Moment nicht die Personen, die das bewerkstelligen könnten. Ich hatte damals vor Augen, dass sich ja bereits in vielen westeuropäischen Demokratien solche Entwicklungen ereignet hatten: In Italien, wo nach dem Zerfall der *Democratia Christiana* nicht nur Berlusconi's *Forza Italia* entstanden war, sondern auch die *Lega Nord*. Dazu die ehemaligen Neofaschisten. In Belgien hatten wir die flämischen Nationalisten und in Frankreich war die *Front Nationale* schon früh zu aufsehenerregenden Erfolgen gekommen. Jean-Marie Le Pen war bei den Präsidentschaftswahlen 2002 bis in die Stichwahl gekommen und hatte da über 20% erreicht.

2010 war ich mir dann ziemlich sicher, dass es eine solche neue Rechtspartei, die nicht nur den rechtsradikalen Narrensaum und reine Proteststimmungen würde abgreifen können, tatsächlich geben würde. Hier sind zwei Vorgänge von besonderer Bedeutung: Zum einen der 25. März 2010, als Angela Merkel entgegen früherer Versicherungen dem ersten Griechenland-Rettungspaket zugestimmt hatte. Dann hatte sie noch hinzugefügt, diese Entscheidung sei „alternativlos“ gewesen. Das hatte zahlreiche Ökonomen auf den Plan gerufen, die die folgende Euro-Rettungspolitik keineswegs alternativlos fanden. Dabei verwiesen sie auf das EU-Recht, das die Verantwortungsübernahme für die Schuldenpolitik anderer Mitgliedsländer eigentlich verbot. Im „Plenum der Ökonomen“. Der dann ab Herbst 2010 zusammenkam, fanden sich auch einige der Wirtschaftswissenschaftler, die sich schon 1998 gegen die Einführung des Euro zu diesem Zeitpunkt ausgesprochen hatten. Aus diesem Kreis stammte auch Bernd Lucke, der dann in der Anfangszeit der AfD das Gesicht dieser Partei wurde.

Ins gleiche Jahr 2010 fiel der Sensationserfolg eines Buches, das in den Euilletons der großen Zeitungen eher verrissen worden war: Thilo Sarrazin's „Deutschland schafft sich ab“ soll allein zwischen August und Dezember 2010 1,2 Mio mal verkauft worden sein. Allein dieser gegen den Medien-Mainstream errungene Verkaufserfolg zeigte, dass der Autor mit seiner durch Massenzuwanderung aus anderen Kulturen ausgelösten oder noch zu erwartenden Veränderungen in Deutschland den Nerv eines breiten Publikums getroffen hatte. Bald vermeldeten Demoskopien, dass angeblich 18% der Deutschen sich vorstellen könnten, eine „Sarrazin-Partei“ zu wählen. Sarrazin sprach 2017 von zehntausenden von Briefen, die ihn seinerzeit erreicht hätten. Lucke hat wohl schon zu dieser Zeit versucht, Kontakt zu Sarrazin aufzunehmen. Noch vor dem Gründungsparteitag hat er ihm eine Führungsposition in der neuen Partei angeboten. Doch der wollte lieber Sozialdemokrat bleiben.

2010 war ich mir ziemlich sicher, dass es ein neues parteipolitisches Projekt von rechts geben würde. Und das, obwohl die Zahl der Migranten zu dieser Zeit noch recht niedrig lag. 30.000 im Jahr, nur wenig Nettozuwanderung, und trotzdem diese gewaltige Resonanz für das Buch des ehemaligen Berliner Finanzsenators – da lag etwas in der Luft. Und die Argumente der Euro-Kritiker waren ja auch nicht alle unplausibel. Und die Positionen dieser Kritiker wurden bis auf Minderheiten in CDU und FDP im vorhandenen Parteienspektrum gar nicht abgebildet.

Doch die ersten politischen Gehversuche von Lucke und seinen Freunden gingen erst mal schief. Eine kurze Liaison mit den Freien Wählern endete erfolglos. Immerhin entstand 2012 die überparteiliche Sammlungsbewegung „Bündnis Bürgerwille“.

Die eigentliche Geschichte der AfD beginnt dann am 6. Februar 2013 in Oberursel im Hause des früheren FAZ-Journalisten Konrad Adam. Hier versammelte sich ein Kreis, der vor allem aus konservativen Merkel-Kritikern bestand, die sich gerade von der CDU losgesagt hatten oder im Begriff waren, das zu tun. Dabei war u.a. der frühere Chef der Hessischen Staatskanzlei und spätere Herausgeber der „Märkischen Allgemeine“ in Potsdam, Alexander Gauland. Dabei war auch Bernd Lucke. Dieser Kreis beschloss eine formelle Parteigründung, legte eine Satzung und die Struktur des Bundesvorstands fest. Er verabschiedete ein provisorisches Programm und legte den Termin für den Gründungskongress der Partei im April 2013 fest. Dabei versammelten sich am 13./14. April in Berlin etwa 1300 Teilnehmer. Sie wählten Lucke, Adam und Frauke Petry an die Spitze der Partei, die sich „Alternative für Deutschland“ nannte. Bei der Namensgebung soll Merkels Wort von der „Alternativlosigkeit“ ihrer Politik aus 2010 den Ausschlag gegeben haben.

Die Partei hatte bald beträchtlichen Mitgliederzulauf. Noch im Frühjahr 2013 waren es bereits über 10.000. Die starke Medienresonanz, die die AfD fand, war dabei hilfreich. Sie erwies sich aber auch als Handicap, als die ersten Berichte über das Vorleben von Parteimitgliedern in rechtsradikalen Parteien bekannt wurden. Daraufhin erklärte die AfD, dass alle Anträge sorgfältig geprüft würden und ehemaligen NPD- und DVU-Funktionären die Aufnahme verweigert werde.

Doch aus dem Schneider war die AfD damit nicht. Im Bundestagswahlkampf 2013 sah sich die Partei heftiger Attacken ausgesetzt, die auch schon mal handgreiflich wurden. Heute heißt es ja manchmal, die Lucke-AfD sei ja noch vergleichsweise gemäßigt gewesen. Das ist, wenn man das inhaltliche Profil der Partei von damals anschaut, sicher nicht falsch. Aber im Medien-Mainstream war eigentlich von Anfang das Bild dominant, hier versammelte sich eine ganz rechte, womöglich rechtsradikale Partei.

Mit über zwei Mio Stimmen und 4,7% erreichte die AfD ein angesichts ihrer kurzen Präsenz relativ gutes Ergebnis. Dabei fiel schon damals auf, dass ihre Wahlergebnisse im Osten durchweg besser ausfielen als im Westen. Die Programmatik war damals sehr stark von der Euro-Rettungspolitik bestimmt. Allerdings finden sich schon im ersten Wahlprogramm auch migrationskritische und gegen den Einfluss des Islam gerichtete Töne.

Diese Migrationskritik sorgte dann schon im Laufe des Jahres 2014 für innerparteiliche Auseinandersetzungen. Während Lucke mehrfach die Abgrenzung nach rechts suchte und betonte, dass fremdenfeindliche und islamophobe Kräfte in der AfD nicht gewünscht seien, sahen manche seiner Kollegen vor allem aus Ostdeutschland das nicht so. Auch die Abgrenzung zu anderen rechten und rechtsradikalen Parteien in Europa wie die Front National sorgte für Streit.

Nachdem die AfD mit 7,1% sieben Abgeordnete nach Brüssel schicken konnte und im Herbst 2014 bei Landtagswahlen im Osten sogar zweistellige Ergebnisse erreicht hatte, sorgte dann das Verhältnis der AfD zu der PEGIDA-Bewegung, die sich in Dresden Ende 2014 jeden Montag versammelte und eine klare fremdenfeindliche Ausrichtung zeigte, für neuen Streit. Lucke räumte im Oktober 2014 erstmals offen ein, dass die Partei ein Problem mit der Abgrenzung nach rechts und warnte in einem Mitgliederrundbrief vor einem „Schulterschluss mit Rechtsradikalen“. Der in Ostdeutschland sehr einflussreiche Alexander Gauland dagegen meinte nach dem Besuch einer PEGIDA-Versammlung im Dezember 2014, er habe hier keine Rechtsradikalen ausgemacht, sondern „Bürger, die auf die Straße gehen aus Sorge um Entwicklungen in Deutschland“.

Und die Abgrenzung von rechtsradikalen und rassistischen Kräften lieferte weiteren Zündstoff. Im Frühjahr 2015 bildete sich eine „Patriotische Plattform“, die eine „Erfurter Resolution“ formulierte,

die den Kurs der Parteiführung um Lucke scharf kritisierte und ihr vorwarf, sie orientiere sich zu ängstlich an dem, was die etablierten Institutionen ihr als Spielraum zuwiesen. Zu den Erstunterzeichnern gehörten u.a. die Parteichefs aus Brandenburg und Thüringen, Alexander Gauland und Björn Höcke.

Diese Erklärung spielte dann beim Sturz von Bernd Lucke im Sommer 2015 eine entscheidende Rolle. Für die Erklärung soll Luckes Weigerung, Vertreter des rechten Parteiflügels in den Vorstand aufzunehmen, eine entscheidende Rolle gespielt haben. Lucke reagierte darauf mit dem „Weckruf 2015“, in dem davor gewarnt wurde, die AfD „radikalen Wutbürgern“ zu überlassen. Das trug ihm den Vorwurf ein, er wolle die Partei spalten. So kam es beim Parteitag in Essen 2015 dazu, dass Lucke im Kampf um den Parteivorsitz der Gegenkandidatin Frauke Petry unterlag. Sie hatte sich geschickt keinem Flügel zugeordnet und war damit als vermeintlich integrative Kandidatin angetreten, die vom rechten Parteiflügel ebenso unterstützt wurde wie von einer ungebundenen Mitte. Mit ihr zum Parteivorsitzenden gewählt wurde der Hochschullehrer Bernd Meuthen.

Als Konsequenz aus seiner Niederlage verließ Lucke die Partei. Innerhalb weniger Tage traten 600 Mitglieder aus, unter ihnen fünf der sieben Europa-Abgeordneten. Das Medienecho war verheerend. In Umfragen rutschte die AfD auf 3%. Aber dann kam der gewaltige Flüchtlingszustrom im Herbst 2015 und Angela Merkels „Wir schaffen das“. Wie immer man beurteilen mag, was damals geschehen ist: Kein Zweifel besteht, dass es zum Glücksfall und zum Wachstumsmotor für die AfD wurde. Da im etablierten Parteiensystem keine Partei – mit einer gewissen Ausnahme der CSU – die Kritik und die vielen Ängste vieler Menschen vor den Folgen unkontrollierter Zuwanderung artikuliert, konnte die AfD diese Ängste leicht auf ihre Mühlen leiten. Im Frühjahr 2016 zeigte sich das sehr deutlich: Bei den LTWahlen im März kam die AfD in RP auf 12,6, in BAWÜ auf 15,1 und in Sachsen-Anhalt auf 24,3%. Und diese Erfolgsserie setzte sich im Herbst in Berlin und MV fort. Zugleich bedeutet diese Zeit auch die endgültige Durchsetzung des Migrationsthemas als Thema Nr. 1 bei der AfD.

Dem politischen Erfolg der AfD standen auch ständige parteiinterne Querelen im Wege. Petry und Meuthen an der Parteispitze gerieten immer wieder aneinander, wobei oft auch wieder die Abgrenzung nach rechts zum Problem wurde. Ein Versuch Petrys, Björn Höcke aus der Partei zu werfen, wurde von Meuthen nicht wirksam unterstützt. Umgekehrt fiel Petry Meuthen in den Rücken, als dieser versuchte, einen LT-Abgeordneten in BAWÜ auszuschließen, dessen Schriften eindeutig antisemitischen Charakter aufwiesen. Als Petry dann die Spitzenkandidatur für die BT-Wahl 2017 anstrebte, hatte sie keine Chance. Auch der mächtige Alexander Gauland ließ sie fallen, Meuthen ebenso. Am Tag nach der Bundestagswahl 2017 trat die Parteivorsitzende der Partei, für die sie eben in den BT gewählt worden war, aus der Partei aus.

Die Wahl selbst wurde für die AfD ein großer Erfolg. Mit 12,6% der Stimmen und fast sechs Mio Wählerstimmen wurde die AfD zur stärksten Oppositionspartei im neuen Bundestag. Obwohl die Bedeutung der Zuwanderungsfrage durch den Rückgang der Zahlen eher zurückgegangen war, wurde die Wahl nach den Analysen der Wahlforscher von einer Art Abrechnung mit der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin geprägt. Korte hat seinerzeit von einem nachträglichen Plebiszit über die Flüchtlingspolitik gesprochen. Die Kanzlerinnenpartei verlor fast 9% der Stimmen und besonders im Osten schlug Angela Merkel regelrecht Hass entgegen. Es sei ein nachträgliches Plebiszit über die Flüchtlingspolitik gewesen, hat Hans-Werner Korte 2017 gewesen.

Mächtigste Figur der AfD wurde dann Alexander Gauland, der bald nicht nur einer der beiden Fraktionsvorsitzenden war, sondern im Dezember 2017 auch Parteivorsitzender wurde (zusammen mit Jörg Meuthen). An der Spitze der BT-Fraktion stand neben Gauland bereits Alice Weidel, die ursprünglich dem Lucke-Flügel zugerechnet worden. Sie übt diese Funktion heute noch aus.

Mit dem Einzug der AfD in den Bundestag hatte die Partei nicht nur ein zusätzliches Schaufenster für ihre öffentliche Politikdarstellung erhalten. Es stellte sich auch die Frage der Einbindung einer solchen fundamentaloppositionellen Partei in den gewöhnlichen Alltag eines parlamentarischen Systems. Fortan verliefen viele Debatten aufgeregter, die Ordnungsrufe des Präsidiums häuften sich. Eigens wegen der AfD hatte man den jahrzehntelangen Brauch verändert, nach dem das an Lebensjahren älteste Mitglied des Hauses als Alterspräsident die Legislaturperiode eröffnete. Auch bei der Wahl der Vizepräsidenten kam die AfD mit mehreren Kandidaten nicht zum Zuge. Die ihnen nach ihrer Stärke zustehenden drei Ausschussvorsitze wurden ihr jedoch nicht verwehrt. Einer ihrer Ausschussvorsitzenden wurde allerdings noch während der Legislaturperiode abgewählt. Über den rechten Umgang mit der neuen politischen Konkurrenz von rechts herrscht bis heute keine Klarheit. Ich gehe davon aus, dass etwa die vom Verfassungsgericht geforderte gesetzliche Grundlage für die Finanzierung der parteinahen Stiftungen so abgefasst sein wird, dass die AfD-nahe Stiftung von der Mittelvergabe ausgeschlossen bleiben wird. In der inhaltlichen Arbeit des Bundestages fiel die AfD zwar mit provokanten Reden hin und wieder auf. Von einer konsistenten Linie einer profilierten Oppositionspartei ließ sich jedoch kaum sprechen.

Nachdem die AfD mit ihren Wahlerfolgen in Bayern und Hessen 2018 nun in allen 16 Landesparlamenten vertreten war, schien 2019 die Wachstumsspitze in der Wählergunst erreicht: Bei der Europawahl 2019 blieb die Partei mit 11% hinter ihrem Bundestagswahlergebnis zurück. Doch im Herbst zeigte sich erneut die besondere Stärke der Partei im Osten: 23,5% in Brandenburg, 23,4% in Thüringen, sogar 27,5% in Sachsen. Der Einfluss des nationalkonservativen oder von anderen als völkisch-national bezeichneten Flügels in der Partei nahm nicht ab, sondern zu. Zu nahmen in der Partei auch die Auseinandersetzungen zwischen den vor allem von Meuthen repräsentierten gemäßigten AfD-Leuten vor allem im Westen und den im Osten stärkeren völkisch-nationalen Kräften. Nachdem der Verfassungsschutz Anfang 2020 entschieden hatte, die AfD zum Beobachtungsobjekt zu machen, setzte Meuthen im März 2020 die formelle Auflösung des sog. „Flügels“ durch, in dem sich die Parteirechte um Höcke und den brandenburgischen Landeschef Kalbitz sammelte. In einem Online-Interview nach Beginn der Corona-Krise brachte Meuthen sogar den Gedanken einer Spaltung der AfD in eine gemäßigte Partei im Westen und eine radikalere im Osten ins Spiel. Nach heftiger Kritik seines Ko-Vorsitzenden Timo Chupalla, der 2019 Gauland als Parteivorsitzender nachgefolgt war, korrigierte er sich freilich wieder. Er habe einen Fehler gemacht. Im Mai 2020 setzte er allerdings den Parteiausschluss des Rechtsaußen Andreas Kalbitz durch. Im Februar 2020 hatte die AfD durch ein taktisches Manöver Schlagzeilen gemacht: Indem ihre Abgeordneten im thüringischen Landtag ihrem eigenen Kandidaten die Stimmen verweigerten und stattdessen in der Stichwahl den FDP-Kandidaten Kemmerich unterstützten, wurde dieser kurzzeitig Ministerpräsident. Die öffentliche Aufregung zwang ihn jedoch alsbald zum Rücktritt. Für die AfD wurde das Ganze eher ein Pyrrussieg. Ostdeutsche CDU-ler, die Bündnissen mit der AfD nicht abgeneigt gewesen waren, rückten in der Folge davon wieder ab.

In der Coronakrise zeigte sich die Gespaltenheit der Partei aufs Neue. Während Meuthen erklärte, mit Corona-Leugnern und abstrusen Querdenkern nichts zu tun haben zu wollen, suchten andere die enge Verbindung mit diesen Kreisen. 2021 war dann kein gutes Jahr für die AfD. In einer außergewöhnlichen Zeit, die von der Corona-Krise geprägt war und in der das Zuwanderungsthema keine wichtige Rolle spielte, musste die Partei bei LT-Wahlen deutliche Verluste hinnehmen. In RP und BAWÜ verlor sie jeweils ein Drittel ihrer Stimmenanteile. Auch bei der Bundestagswahl im September kam die Partei nur auf 10,3%. Bei den Wahlen in Schleswig-Holstein im Mai 2022 flog die Partei sogar wieder aus dem Landtag. Inzwischen hatte Jörg Meuthen aufgegeben. Ende Januar 2022 verließ er die Partei. Seinen Austritt begründete er damit, dass die Partei „totalitäre Anklänge aufweise“, dass sie heute sehr weit rechts und teilweise auch „nicht auf dem Boden der freiheitlich-

demokratischen Grundordnung“ stehe. Im Juni 2023 sah Meuthen in der AfD eine „Partei am rechten Rand mit völkisch-nationalen Positionen“.

Im Oktober 2022 aber sah die gesellschaftliche Stimmungslage wieder anders aus. Bei den LTW in Niedersachsen kam die AfD auf 11% und konnte ihren Stimmenanteil damit um 4,8% vergrößern. Die Verunsicherung der Bevölkerung nach dem Beginn des Ukrainekrieges, die enorm gestiegenen Energiepreise, die Sorge vor Versorgungsengpässen im Winter und die deutlich gestiegenen Zuwandererzahlen schlugen sich hier bereits in ein neuerliches Wachstum der AfD-Wählerzustimmung nieder. Dieser Trend hat sich dann im Laufe des Jahres 2023 deutlich verstärkt. Zwar sind die Sorgen um die sichere Energieversorgung gesunken. Aber der Streit um das verunglückte Heizungsgesetz und der Unmut über ungesteuerte Zuwanderung haben den Trend noch deutlich verstärkt.

## 2. Wie rechts ist die AfD ?

Schon seit der Gründung der AfD ist darüber gestritten worden, wie weit rechts diese Partei einzuordnen sei, wie weit sie von rechtsradikalem, rassistischen und neonazistischem Gedankengut beeinflusst ist. Dass sie rechts steht, ist nach allen gängigen Kriterien, die es in der Politikwissenschaft gibt, völlig unstrittig. Das gilt vor allem, wenn man die Partei nach ihrem Platz auf der soziokulturellen Konfliktlinie der Gesellschaft verortet, nach der ökologisch-kosmopolitisch-libertär-multikulturalistische Orientierungen den einen Pol bilden, während die Betonung des Nationalen, die Abwehr des Fremden, die Orientierung an Tradition und die Skepsis gegenüber ökologischen Umbauvorstellungen den anderen Pol bildet. Hier sind die Grünen auf der einen Seite und die AfD auf der anderen Seite die natürlichen Antipoden, sind sie am weitesten voneinander entfernt.

Aber damit bleibt offen, wie weit rechts die AfD einzuordnen ist. Ist es eine nationalkonservative, aber noch im demokratischen Spektrum einzuordnende Partei? Oder ist sie eindeutig oder zumindest im Mainstream rechtsradikale oder rechtsextremistische Partei? Weil diese Frage so einfach und so eindeutig nicht zu beantworten ist, hat sich relativ früh der eigentlich unscharfe Begriff des Rechtspopulismus durchgesetzt. Der hat den Vorteil, dass man sich nicht entscheiden muss: Ist es eine rechtsradikale oder doch noch eine rechtsdemokratische Partei? Wenn ich mir die Literatur zur AfD anschau, dann sagen einige, es ist eine rechtsdemokratische Partei mit rechtsradikalen Minderheiten. Viele andere schreiben dagegen, es sei eine rechtsradikale Partei mit rechtsdemokratischen Minderheiten. Niemand bestreitet ernsthaft, dass es beide Seiten in dieser Partei gibt. Nur welches Element vorherrscht, was sozusagen das Wesen dieser Partei ausmacht, das war und ist strittig. Nicht strittig ist ferner, dass es in der AfD keine klare Abgrenzung zum Rechtsradikalismus gibt, sondern die Grenzen fließend verlaufen.

Das zu klären, ist auch deshalb schwierig, weil das Wesen einer Partei gar nicht so einfach zu ermitteln ist. Was zieht man heran? Macht man das am Parteiprogramm fest, an Reden führender Funktionäre, an verbalen Entgleisungen, von denen es bekanntlich jede Menge gibt? Aber wie repräsentativ sind die? Das ist übrigens auch der Grund dafür gewesen, warum ich 2016 versucht habe, eine repräsentative Befragung von AfD-Mitgliedern aus zwei hessischen Kreisverbänden hinzukriegen, was mir mit einiger Mühe dann auch gelungen ist. Ich will kurz hier einflechten, was wir damals herausgefunden hatten. Auf der Basis eines Fragebogens, der sich an übliche Fragebögen bei der Messung des Rechtsradikalismus-Potentials anlehnt, den aber variiert und noch auf insgesamt 63 Fragen erweitert hat, haben wir einen Anteil von etwa 10% der AfD-Mitglieder mit geschlossen rechtsradikalem Weltbild ermittelt. Für weitere 10% galt das teilweise. Jeder fünfte der Befragten hat z.B. dem für die deutsche Erinnerungskultur zentralen Satz „Der industrialisierte Massenmord des nationalsozialistischen Regimes war in dieser Form einzigartig und darf weder vergessen oder verharmlost werden“ gar nicht oder „eher nicht“ zugestimmt.

Die Mitglieder der AfD sind überdurchschnittlich gebildet. Zwei Drittel haben Abitur, die Hälfte hat einen Hochschulabschluss. Sie sind materiell relativ gut ausgestattet. Ein Viertel von ihnen war früher schon mal Mitglied einer anderen Partei, in der Regel CDU oder SPD. Die Hälfte der Befragten hat früher CDU gewählt, 15% die SPD, 14% die FDP, 6,5% die Grünen. In der Bewertung der damals wichtigen Politiker erhielten nur die Repräsentanten der eigenen Partei positive Bewertungen – mit einer Ausnahme: Sarah Wagenknecht.

Bei den Themen Innere Sicherheit und Migration hat unsere Untersuchung ein sehr homogenes Meinungsbild gezeigt. Niemand hält die Einwanderer für eine kulturelle Bereicherung. Die überwältigende Mehrheit meint, der Islam gehöre nicht zu D und dass die meisten Asylbewerber Wirtschaftsflüchtlinge seien. Immerhin meint eine starke Minderheit, dass das Asylrecht grundsätzlich schon wichtig sei. Dass der Ausländerzuzug eine entscheidende Ursache für zunehmende Kriminalität und Sicherheitsgefahren sei, galt fast allen Befragten damals als ausgemacht.

War die Haltung der AfD-Mitglieder zur Zuwanderung und zur Inneren Sicherheit seinerzeit sehr homogen, so zeigte sich in der Frauen- und Familienpolitik ein differenzierteres Bild. Über die Hälfte hielt Frauen im Arbeitsleben noch immer für benachteiligt. Dem Satz „Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen und sich auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter zu besinnen“, mochten nur 23% voll oder eher zustimmen. Mehr als zwei Drittel wiesen auch den Satz zurück, dass Homosexualität widernatürlich und unmoralisch sei. Das Geschlechterrollenbild ist in der AfD konservativer als bei den anderen. Die Familienorientierung ist ausgeprägter, die Reserven gegenüber dem Feminismus sind höher als in der Gesamtgesellschaft. Auch die Minderheit, die gleichgeschlechtliche Neigungen nicht akzeptieren mag, ist größer als anderswo. Trotzdem kann man nach unseren Ergebnissen nicht sagen, dass die AfD das Familienbild und die Moralvorstellungen der 1950er Jahre verträte.

Gespalten sind die AfD-Mitglieder in ihrer Haltung zu Amerika. Erstaunlich hoch ist die russophile Neigung der AfD-ler, die die damalige Sanktionspolitik gegenüber Russland mehrheitlich ablehnten. Hier zeigte sich eine Nähe zu den Einstellungen, die wir aus der Linkspartei kennen. In der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sind die Einstellungen heterogen, z.T. widersprüchlich. Einerseits werden die marktwirtschaftlichen Grundprinzipien bejaht, andererseits findet sich ein sehr kritischer Blick auf die Globalisierung und die Reichumsverteilung. Man kann von einem Nebeneinander von Wirtschaftsliberalismus und Sozialprotektionismus sprechen.

Mehr als zwei Drittel hielten den Grundansatz der Klimapolitik für falsch. Aus ihrer Sicht werden die Gefahren übertrieben, die durch einen von den Menschen gemachten Klimawandel drohen. Über 70% hielten Ende 2016 den Atomausstieg für falsch.

Für eine populistische Protestpartei wenig überraschend waren die Auffassungen zum Zustand der Demokratie. Das Bild vom schwarz-rot-grünen Machtkartell, das in D alles bestimme, wurde von fast allen geteilt. Nicht uninteressant ist allerdings, dass immerhin 36% dem Satz zustimmen, dass die Demokratie bei allen Mängeln in D doch im Großen und Ganzen doch noch recht gut funktioniert. Man könnte da fast von einem „Realo-Flügel“ sprechen.

Die AfD der beiden Ende 2016 untersuchten Kreisverbände war eine überwiegend national-konservative Partei mit Rändern und offenen Übergängen zum Rechtsradikalismus. Die AfD schafft es nicht oder will es nicht schaffen, einen klaren Trennungsstrich zu offenem Rassismus und zum Rechtsradikalismus zu ziehen.

Man kann natürlich fragen, wie weit die von uns erhobenen Daten für die Gesamtpartei zutreffen. Ich habe damals die Vermutung formuliert, dass das für den Westen Deutschlands schon zutreffen

könnte, dass aber eine Untersuchung ostdeutscher Kreisverbände wahrscheinlich ein höheres Maß an rechtsradikalen Weltbildern zutage bringen würde. Das trifft heute sicher mehr noch zu als damals. Die Gemäßigten in der Partei sind seither nicht stärker, sondern eher schwächer geworden.

Mit Meuthen haben sie 2022 ihren wichtigsten Sprecher verloren. Man kommt nicht an dem Eindruck vorbei, dass die ehemaligen „Flügel“-Leute um Höcke die Partei jetzt stärker bestimmen. Wie sich das weiter entwickelt, dafür werden die Wahlen in Ostdeutschland 2024 von großer Bedeutung sein.

Die Frage „rechtsradikal oder rechtsdemokratisch“ durch Analyse der Parteiprogramme beantworten zu wollen, ist ziemlich aussichtslos. Denn wenn sie das Grundsatzprogramm der AfD analysieren, finden sie eine nüchterne Programmsprache mit allerhand Kurzanalysen und Forderungen. Die mögen alle falsch, rückwärtsgewandt, unrealistisch oder sonstwas sein. Verfassungsfeindlich sind sie erst mal nicht. Die AfD fordert nirgends die Abschaffung der Demokratie o.ä. Nicht mal die komplette Abschaffung des Asylrechts wird im Grundsatzprogramm verlangt, sondern nur die Umwandlung des Grundrechts in eine „institutionelle Garantie“. Das hatte die CSU 1988 auch schon mal verlangt. Das Programm ist auch nicht einfach „antieuropäisch“, sondern spricht vom „Europa der Vaterländer“ und verwendet damit einen Begriff, den der französische Staatspräsident de Gaulle in den 1960er Jahren kreiert hat. Ganz viel im Grundsatzprogramm kann man falsch finden. Aber verboten ist es nicht.

Anders ist es mit vielen Reden und sonstigen öffentlichen Äußerungen prominenter oder weniger prominenter Sprecher der Partei. Hier findet sich eine Fülle von Äußerungen, die zumindest Zweifel begründen können, ob die jeweiligen Sprecher noch im Rahmen des demokratischen Verfassungsbogens agieren. Ob es Höckes „Mahnmal der Schande“ oder seine Bemerkung „wir brauchen eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ ist oder Gaulands Wort vom „Fliegenschiss“ über das Naziregime – da findet sich jede Menge Empörendes, erst recht aus der zweiten und dritten Reihe. Diese Dinge passieren so häufig, dass man das kaum als bedauerliche sprachliche Entgleisung von Einzelnen abtun kann. Andererseits hat Gauland mir gegenüber – ich kenne ihn ja noch aus seiner Zeit bei Wallmann in Wiesbaden – behauptet, er habe sich mehrfach öffentlich für den „Fliegenschiss“ entschuldigt. Auf einem anderen Blatt stehen die abstrusen Russland-Verbindungen einiger. Eine indirekte Unterstützung Russlands gerät in die Nähe der Unterstützung eines Angriffskrieges. Und die ist strafbar.

Ich fürchte, es würde schwierig werden, jenes aktiv-kämpferische Eintreten gegen die FDGO überzeugend zu begründen, das das Verfassungsgericht für ein erfolgreiches Parteienverbotsverfahren verlangt. Ich rate daher dringend ab, in diese Richtung zu denken.

#### 4. Thesen zum Umgang mit der AfD

1. Der Versuch, die AfD mit Ausgrenzung, Protestdemonstrationen und Entlarvung klein zu halten, ist gescheitert. Die Wählerschaft lässt sich davon nicht beeindrucken, im Gegenteil. Die Ausgrenzungs- und Entlarvungsstrategie von Medien und Politikern bescheren der AfD eine Art „Verfolgtenbonus“, die auch solche Menschen wahrnehmen, die nie die AfD wählen würden, aber am Umgang mit ihr Anstoß nehmen und ihn als unfair und unsouverän wahrnehmen. Das gilt für die Art und Weise, mit der manche Journalisten Interviews mit AfD-lern führen. Das gilt aber auch, wenn die üblichen parlamentarischen Regeln und Gepflogenheiten nicht eingehalten werden, wenn es um die AfD geht. Wir werden ja bald die Eröffnung des neuen Hessischen Landtags erleben. Und dann wird es wieder um die Frage gehen, ob man der jetzt zweitstärksten Partei einen Vizepräsidenten des Landtags zubilligen wird oder nicht. Ich halte es für falsch, dies nicht zu tun. Wenn der die Sitzungen nicht anständig leitet, gibt es genug Möglichkeiten, das zu sanktionieren.



2. Man muss sich stärker politisch-argumentativ mit den Vorstellungen dieser Leute auseinandersetzen. Hart und klar in der Sache, aber korrekt und mit den üblichen zivilen Umgangsformen.
3. Es ist ein Fehler zu glauben, die Wähler wüssten nicht, was sie tun. Und die Wähler mehr oder weniger zu beschimpfen, dass sie diese Leute wählen, wird keinen Wähler zurückholen.
4. Der Erfolg der AfD wird nicht nur aus dem Migrationsthema gespeist. Aber das Thema ist für diesen Erfolg von überragender Bedeutung, weil sich an diesem Thema sozusagen ein ganzes Weltbild verdichtet, dass sich von den Veränderungen in der deutschen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten schlicht überfordert fühlt. Der Globalisierungsoptimismus, der Multikulturalismus, auch das Beschwören der Vorzüge von Diversity und Gendersprache stößt vor allem in den ländlichen Regionen des Landes auf wachsenden Widerstand. Die deutliche Mehrheit der Menschen will eine Begrenzung der Zuwanderung. Wenn das nicht gelingt, wird das Wachstum der AfD weitergehen. Wenn es aber gelingt, wird die AfD wieder in diesen 10%-Bereich zurückfallen, in dem sie schon einmal war. Die Migrationsfrage ist die Schlüsselfrage, an der sich auch das Schicksal der Ampelregierung in Berlin entscheiden wird.
5. Die AfD lässt sich als der eine Pol eines grundlegenden Wertekonflikts betrachten, dessen Gegenpol am deutlichsten von den Grünen verkörpert wird. Gegen deren Vorstellungen von Diversity, Multikulti, Klimapolitik und Gendern artikuliert sich in der AfD und ihrem Umfeld eine Opposition, die offene Grenzen, Zuwanderung und Internationalisierung, aber auch Feminisierung und Pluralisierung von Lebensformen nicht als Chance sieht, sondern als Gefahr und als Bedrohung ihrer kulturellen Identität. Sie finden sich in weiten Teilen der öffentlichen Debatten um Minderheitenrechte nicht wieder. In Ostdeutschland kommen die unverdauten Folgeprobleme einer nicht in allen Teilen gelungenen Einheit hinzu. Die Konfliktlinie, deren einer Pol die AfD darstellt, wurzelt zu tief in der Gesellschaft, als dass sie morgen oder übermorgen verschwunden sein könnte. Die Erfolge der AfD werden zurückgehen, wenn der Zuwanderungsdruck nachlässt. Und wenn man sich ernsthafter mit ihren politischen Vorstellungen befasst, statt immer nur „Nazis raus“ zu rufen.

Prof. Hubert Kleinert (Gießen)